

Sehr geehrter Herr Schmitz,

wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 28.2.2012, in dem Sie auf unsere ablehnende Stellungnahme zu Ihren inhaltlichen und organisatorischen WDR3-Reformbemühungen antworten.

Vorbemerkung

In einem Punkt haben Sie gewiss Recht: die von Ihnen geplanten Veränderungen von WDR 3 stehen „im inhaltlichen Zusammenhang mit den Programmstrukturreformen der Jahre 2001, 2004 und 2008“. Seit über zehn Jahren unterliegt das Kulturprogramm von WDR 3 einer Politik der Einebnung, der Kürzung und des Abbaus, die mittlerweile ein früher beispielhaftes Kulturradio bis zur Unkenntlichkeit entstellt hat. Auch wir halten eine beständige Weiterentwicklung des Radios für wünschenswert, nein: notwendig. Doch Weiterentwicklung kann verschiedene Richtungen haben. In einem kritischen Papier zur letzten WDR 3-Reform im Jahre 2008 schrieben Kollegen der Welle ironisch:

„Der Erfolg lässt sich im Radio hören und in Tabellen lesen. Mitte der 80er Jahre lag die Reichweite von WDR 3 noch bei 4,8 Prozent, Mitte der 90er Jahre bei 2,4 Prozent, mittlerweile ist sie auf 1,6 Prozent gesunken. Jetzt steht seit 2001 die dritte Strukturreform vor der Tür.“

Das war vor vier Jahren. Nun steht die vierte Programm- und Strukturreform „vor der Tür“ und die Reichweite liegt bei 1,4 Prozent. Diese Zahlen belegen nach Ansicht der Redakteursvertretung, dass die bisherige Art der Reformpolitik in die falsche Richtung gewiesen hat und weist.

Inzwischen aber hat die Diskussion über diese Politik die Grenzen des WDR überschritten. Die Diskussion ist öffentlich geworden und wird mittlerweile bundesweit geführt. Dabei geht es längst nicht mehr nur um WDR 3, aber das genau ist die große Chance, grundsätzlich und sorgfältig über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nachzudenken.

In ihrer am 14. März veröffentlichten Erklärung schreibt die Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Redakteursausschüsse (AGRA):

„Das Ausmaß der Empörung deutet in unseren Augen auf einen wachsenden Unmut mit der generellen Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hin. Wir werten den breiten Protest als Ausdruck dafür, dass die Bedeutung öffentlich-rechtlicher Programme auch bundesweit unvermindert besteht und sogar wieder wachsen dürfte.

Wir halten es für notwendig, die um den WDR begonnene Diskussion auch in den anderen Sendeanstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufzugreifen und fortzuführen. Sie könnte Lähmungen und Blockaden überwinden helfen, unter denen die Sender offenkundig leiden.

Aus diesem Grund fordern wir Intendanz und Hörfunkdirektion des Westdeutschen Rundfunks zunächst auf, den beabsichtigten Reformprozess von WDR 3 bis auf weiteres ruhen zu lassen. Nur so kann die große Chance wahrgenommen werden, eine offenbar notwendig gewordene öffentliche und senderinterne Diskussion um die Zukunft der Programme konstruktiv zu führen.“

Verfahrensfragen

1. Auch in Ihrem jüngsten Schreiben an die Redakteursvertretung behaupten Sie zum wiederholten Male eine umfassende Information der Redakteursvertretung und einen transparenten Reformprozess. Doch haben Sie in Ihrer Antwort auf unsere vorläufige Stellungnahme weder die ausstehenden Informationen nachgeliefert, noch unsere gerechtfertigten Argumente gegen die Programmreform entkräftet. Zudem vermag die Mehrheit der Redakteurinnen und Redakteure die angebliche Transparenz des Reformprozesses nicht zu erkennen. Trotz aller Powerpoint-Präsentationen von Befragungen, Beobachtungen und Organisationsvorschlägen durch die hauseigene Unternehmensberatung – eine „Erstveröffentlichung“ (Zitat aus der WDR 3-Wellensitzung vom 9. März)

der tatsächlichen inhaltlichen wie arbeitsorganisatorischen Folgen der Reform gab es erst im Oktober 2011. Von einem wirklichen Begreifen, so einige Kollegen, konnte aber auch da noch keine Rede sein. Das Gleiche gilt für die von Ihnen behauptete „Einbindung der Redakteurvertretung“ im Rahmen der Gespräche im Januar, August und November 2011. Im Januar und im August haben wir, wie auch unsere Gesprächsnotizen belegen, nur Allgemeines und keine Details gehört, zum Zeitpunkt des Gespräches im November 2011 waren im Prinzip schon alle Entscheidungen gefallen.

Die Qualität der Papiere, die Sie der Redakteursvertretung am 5. Dezember 2011 zur Verfügung gestellt haben, ist von uns schon in unserer vorläufigen Stellungnahme vom 26. Januar gewürdigt worden. In Ihrer Antwort vom 28. Februar verweisen Sie aber mehrfach auf die Stellungnahmen und Vorlagen, die Sie uns gerade nicht zur Kenntnis geben. So stehen die Stellungnahme der Verwaltungsdirektion und die Vorlagen für den Programmausschuss noch aus. Diese als intern zu bezeichnen und mit diesem Argument vor der Redakteursvertretung zu verbergen, zeugt nicht von einem ausgeprägten Transparenzverständnis.

Ihr Verständnis von einer „Einbindung der Redakteurvertretung“ ist überhaupt sehr aufschlussreich. Die Redakteursvertretung muss und will nicht „eingebunden“, sondern informiert und mit ihren begründeten Argumenten und Bewertungen gehört und gewichtet werden. In Ihrem Brief bestätigen Sie indirekt, dass sie aber schon nur vage informiert worden ist: „Dabei ist selbstverständlich, dass [...] jeweils nur über den jeweiligen Stand der Dinge [...] informiert werden konnte.“ Darüber hinaus scheinen Sie das Recht der Redakteursvertretung zu einer Stellungnahme und ihren Anspruch auf Beachtung für eher lästige, aber nicht ernst zu nehmende Angelegenheiten zu halten. Wahlweise werden die Argumente der Redakteursvertretung als „unbegründet“, falsch („eben nicht“, „weise ich in aller Entschiedenheit zurück“) oder „gegenstandslos“ bezeichnet – oder aber werden Fragen mit dem Hinweis auf ein angeblich fehlendes Mitwirkungsrecht nicht beantwortet. Tatsächlich aber dient das im Statut beschriebene „Verfahren in sonstigen Fällen“ (Artikel 8) der transparenten

Entscheidungsfindung, in der Argumente und Entscheidungsgründe der Geschäftsleitung, die der Stellungnahme der Redakteursvertretung widersprechen, nachvollziehbar vorgetragen werden müssen. Wenn die Geschäftsleitung das unterlässt, sollte sie auch die alleinige Verantwortung für ihre Entscheidungen und deren Folgen übernehmen. Zum Beispiel für die vorangegangenen Reformen der Welle WDR 3, die ja offenkundig ihre Ziele nicht erreicht haben.

An anderer Stelle suchen Sie die umfassende und rechtzeitige Information der Redakteursvertretung mit der Tatsache zu belegen, dass ein Mitglied der Redakteursvertretung Mitarbeiterin von WDR 3 ist. Auch dies halten wir für eine Missachtung des Statuts durch die bewusste Verwechslung von Rollen bzw. die bewusste Unterstellung, dass diese Mitarbeiterin ihre Rollen als Programmmitarbeiterin und Redakteursvertreterin nicht trennen würde. Wir fordern Sie erneut auf, sich in solchen formalen Angelegenheiten korrekt zu verhalten – und auch nicht, wie schon geschehen, Befangenheit zu behaupten und Loyalitäten in Frage zu stellen. Es ist kein guter Stil, in Auseinandersetzungen zu personalisieren oder diffamieren.

Wir halten an der belegbaren Aussage fest, dass die Redakteursvertretung nicht, wie es das Statut fordert, umfassend und rechtzeitig informiert worden ist.

2. Wir wundern uns darüber, dass Sie den von uns stellvertretend vorgetragenen Argumenten zahlreicher Programmmitarbeiter die Berechtigung absprechen wollen. Wir sind nicht nur von einer Mehrheit der WDR 3-RedakteurInnen angerufen worden, wir konnten uns auch auf einer gut besuchten WDR 3-Redakteursversammlung ein Bild von der Situation machen. Zudem haben 42 Mitarbeiter der Welle mit ihrer Unterschrift gefordert, eine Strukturreform erst nach einer Verständigung auf Inhalte und Aufgaben in Angriff zu nehmen. Da wurde, um es mit Zitaten aus Ihrem Brief zu sagen, vielleicht zu viel „auf Leitungsebene [...] vordiskutiert“ und zu wenig „auf breiterer Basis [...] weiterberaten“.

Inhaltliche Fragen

1. Für einen großen Teil der von uns aufgeworfenen Fragen sprechen Sie ein Mitwirkungsrecht ab. Wir haben den Eindruck, dass das Auseinanderdividieren von zusammengehörenden Aspekten eine Strategie ist, die Sie auch gegenüber dem Rundfunkrat verfolgen.

Doch die Einzelaspekte, für die Sie uns für nicht zuständig halten, wie „einzelne Programmplatzentscheidungen, Fragen der Binnenpluralität, einzelne Formatfragen“ oder „grundlegende Unternehmensstrategien wie etwa die Multimedia-Strategie“ führen in ihrer Summe genau zu den wesentlichen Auswirkungen auf das Programm und die redaktionelle Arbeit der Programmmitarbeiter, für die wir fraglos zuständig sind.

Auch benutzen Sie die Reformbegriffe, wie es gerade passt. Einmal behaupten Sie, dass es sich derzeit allein um eine Organisationsreform handele, die nicht mehr sei als eine Anpassung an schon durchgeführte inhaltliche Veränderungen der letzten Reformen. Wenn wir Ihnen entgegen, dass die so genannte Organisationsreform wegen ihrer inhaltlichen Auswirkungen in Wahrheit auch eine Programmreform sei, erklären Sie, dass Ihnen das doch bekannt sei, schließlich spreche doch die für die Sitzung des Programmausschusses am 31.1.2012 erarbeitete Vorlage von einer Organisations- und Programmreform.

2. Insgesamt ist Ihr Brief sehr allgemein und vermeidet ein Eingehen auf die von uns genannten konkreten Punkte, die wir Ihnen im Auftrag der Programmmitarbeiter vorgetragen haben. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- ◆ die Struktur wird über die Inhalte gestellt
- ◆ die Planungsredaktion wird das Programmangebot nicht qualitativ verbessern

- ◆ Abwertung der Fachkompetenz der Musik- und der Wortkollegen
- ◆ Zerschlagung der Musikabteilung
- ◆ indirekte Abschaffung der redaktionellen Verantwortung
- ◆ fehlende Sinnhaftigkeit der neuen Leitungsfunktionen
- ◆ Verwechselbarkeit statt kultureller Vielfalt
- ◆ Reduzierung von Featureplätzen

Es ist eine Binsenweisheit, dass Unternehmensziele besser umgesetzt werden, wenn sie nicht per Dekret verordnet, sondern von der Mehrzahl der Mitarbeiter getragen werden, die sie im redaktionellen Alltag mit Leben füllen sollen. Wir halten es also im Gegensatz zu Ihnen nicht für „sachgemäß“ die Zielsetzungen auf Leitungsebene so vor zu diskutieren, dass am Ende die Ergebnisse der ebenfalls von der Leitungsebene zusammengestellten Arbeitsgruppen mit den Vorgaben deckungsgleich sind.

3. Nicht hinnehmen wollen wir die Art und Weise, in der Sie der Öffentlichkeit und uns gegenüber die tatsächlichen Auswirkungen der Reform herunterspielen.

- ◆ Abgeschafft werden vier mal 8 Minuten „Journal“, also 32 Minuten.

Sie rechnen vor, dass an diesen Sendeplätzen in Zukunft drei mal 5 Minuten 0-Ton-Nachrichten gesendet würden, macht 15 Minuten. Und dass man nun außerdem (übrigens ist das neu und wahrscheinlich eine Reaktion auf die öffentliche Kritik und die Fragen im Rundfunkrat) um 18 Uhr eine 15- oder 20minütige politische Tageszusammenfassung einführen werde. Das führe zu nur 2 Minuten weniger oder gar zu drei Minuten mehr politischer Berichterstattung.

Sie erwähnen in Ihrer gebetsmühlenartigen Wiederholung solcher Rechnungen nicht, dass die Moderatoren des „Journals“ ihre Jobs verloren haben und die neue Tageszusammenfassung in Zukunft kostengünstig von den Resonanzen-Moderatoren präsentiert werden soll.

Sie erwähnen nicht, dass schon die mit der letzten Reform verkürzten (und umbenannten) 8-Minuten-Journale kaum noch Platz für mehr als schlichte Abbildung bieten (wie Kommentare oder Hintergrund), was aber in den 5-Minuten-O-Ton-Nachrichten endgültig nicht mehr möglich ist. Das heißt, bis um 18 Uhr fehlt dem WDR 3-Hörer jede Form der politischen Reflexion. Inhalte brauchen Zeit, die aber nicht durch das Zusammenrechnen von Nachrichtenminuten entsteht.

Von Ihnen nicht erwähnt wird eben auch, dass jede Form von hintergründiger, reflektierender, essayistischer politischer Berichterstattung schon mit den letzten drei Reformen abgeschafft wurde – und jetzt nur noch der Rest entsorgt wird:

- ♦ Die Resonanzen sollen dem Feierabend-Hörer, so ihre Darstellung, noch einmal einen Überblick über die Kulturereignisse des Tages geben. Damit rechtfertigen Sie die Umwandlung einer Sendung, die derzeit noch das politische Feuilleton des WDR-Hörfunk ist, in eine (überwiegende) Wiederholungsendung.

Sie erwähnen nicht, was das bedeutet, nämlich mehr vom Gleichen, statt neuer Blickwinkel und Aspekte und sperriger Fragen. Magazinware, die man leicht überall einsetzen und wiederholen kann, statt lebendiger Formen- und Themenvielfalt. Das Einsparen selbst von Wiederholungshonoraren und den Abbau von Arbeitsmöglichkeiten für freie Autoren.

- ♦ Das Musik- und Literaturfeature, so eine weitere Reaktion auf die Kritik des Rundfunkrates bzw. der Öffentlichkeit, wird nun nicht mehr einfach abgeschafft, sondern an anderer Stelle „integriert“.

Von Ihnen nicht erwähnt wird, dass weiterhin rund 40 Original-Featureplätze gestrichen werden.

Nicht erwähnt wird, dass die Anzahl der Musik- und der Literaturfeature schon früher reduziert wurde.

Nicht erwähnt wird, dass der Charakter des kultur-politischen und künstlerischen Featureplatzes, in das Musik und/oder Literatur hinein“integriert“ werden sollen, zerstört wird.

Nicht erwähnt werden die schon mit den früheren Reformen drastisch reduzierten Original-Sendeplätze für Feature und Hörspiel.

♦ Sie behaupten die Prägung der Welle durch anspruchsvolle Musikprogramme und verschweigen dabei, dass immer größere Teile des Musikprogramms vom Computer zusammengewürfelt werden sollen.

Sie scheinen, so zeigen die Beispiele, auf Hörer oder Rundfunkräte zu hoffen, die das alles nicht durchschauen und deshalb auf Ihre Ablenkungsmanöver hereinfallen.

Zum Schluss

1. Weder den lapidaren Verweis auf eine „passende Gelegenheit“, bei der wir mit der Intendantin mal grundsätzlich über Kultur diskutieren sollten, noch zum Beispiel die von Ihnen vorgenommene Reduzierung der redaktionellen Verantwortlichkeit auf Verantwortungszuweisungen an die Senderedaktionen wollen wir uns einfach gefallen lassen. Wir erwarten die Zurverfügungstellung aller relevanten Unterlagen und ein wirkliches Gespräch über die gesamte Reform unter Einbeziehung der Redakteure und Redakteurinnen. Auch sollten Sie uns konkret sagen, für welche der neuen Positionen Kriteriengespräche anstehen.

2. In Ihrem Brief erwähnen Sie den inhaltlichen Zusammenhang der Programmreformen 2001, 2004, 2008 mit den jetzigen Reformplänen. Wir vermögen nicht zu erkennen, ob neben dem fortlaufenden inhaltlichen Substanzverlust noch eine andere Linie verfolgt wird. Vielleicht wäre – vor dem nächsten Reformschritt - zunächst eine Evaluation der vorangegangenen Reformen sinnvoll. Auch solche Erkenntnisse sind für eine

solide und dem Statut entsprechende Stellungnahme der Redakteursvertretung unerlässlich.

3. Wie schrieben WDR 3-Kollegen vor der Reform 2008?:

Die Zukunftsfrage ist:

Soll WDR 3 klingen wie andere ARD-Kulturradios auch – mit klassischer Musik und einigen kulturell angehauchten Wortbeiträgen, die sich einfügen in ein Tagesbegleitprogramm und nicht auffallen? Oder kann es ein Unikat werden, „komplementär“ zu anderen Programmen des WDR und der ARD?

Die Antwort ist: „WDR 3 – das Original“.

WDR 3 bleibt ein musikgeprägtes Kulturprogramm, das entspannt und zu Reflektion anregt. Über Wort und Musik. Es befriedigt sowohl Entspannungs- als auch Informationsbedürfnisse. Nur eine Dramaturgie, die Spannung und Entspannung abwechselt, kann die Hörer an den Sender binden.

- *WDR 5 bildet die Welt ab, WDR 3 verzichtet dabei auf Vollständigkeit; WDR 5 gibt Orientierungshilfen, WDR 3 regt an zu Gedankenspielen, gibt Denkanstöße und denkt Entwicklungen konsequent zu Ende: Wohin entwickelt sich die Gesellschaft? Wie werden wir leben? Welches Menschenbild bleibt gültig? Welche Konsequenzen hat unser gesellschaftliches Handeln?*
- *Deshalb ist auch WDR 3 der Platz für Features, Essays und Analysen – schon am Abend und nicht erst zu nachtschlafener Zeit.*
- *WDR 3 ist live und lädt Gäste ein: Wissenschaftler, Künstler, Autoren, Sportler haben hier Raum zum Denken. Prominente kommen zu Wort, aber auch sachkundige Hörer. WDR 3 bietet Informationen aus erster Hand.*

WDR 3 liefert Originale: Musik aus Konzertsälen, literarische Texte, Theaterszenen, Reden im Originalton, Interviews. Das Programm ermöglicht

die eigene Meinungsbildung durch Dokumentation und Gespräch, seltener durch Rezension oder Bericht. WDR 3 publiziert Interventionen wichtiger Autoren in Kooperation mit Qualitätszeitungen und -zeitschriften. Das Programm braucht Beiträge und vor allem „Beiträger“.

Wie bei der vorläufigen Stellungnahme bitten wir auch diesmal um Weiterleitung dieses Schreibens an den Rundfunkrat.

15. März 2012